

Jahrestag des Anschlags in Hanau Statement zu den Konsequenzen

Der Jahrestag des rassistischen Anschlags von Hanau jährt sich. Viele Gedenkveranstaltungen in ganz Deutschland sind geplant und werden durchgeführt. Ich werde Freitag in Hanau sein, um der Toten zu gedenken. Auch vergangenes Jahr war ich nach der Tat mit Katrin Göring-Eckard in Hanau, um mir eine Vorstellung des Geschehens zu machen und vor allem mit den Hinterbliebenen zu sprechen. Dieser Tag wird mir immer in Erinnerung bleiben. Zu unfassbar ist die grausame Tat eines Rassisten, der seine Opfer aufgrund ethnischer, rein äußerlicher Merkmale ermordete.

Im Zusammenhang mit dieser grausamen Tat sind noch viele Fragen offen. Der Bundesgeneralanwalt sowie das Bundeskriminalamt führen die Ermittlungen seit dem 20.02.2020. Ein abschließendes Ergebnis wird im ersten Quartal 2021 erwartet. Der Ministerpräsident Bouffier hat den Angehörigen der Opfer zugesagt, sie bei ihrem berechtigten und nachvollziehbaren Wunsch nach Aufklärung aller offenen Fragen der Tat zu unterstützen. Dies wird nach Abschluss der Ermittlungen im Rahmen des Verfahrens beim Generalbundesanwalt und Freigabe der Akten möglich sein. Alle Beteiligten haben schon jetzt signalisiert, dass sie mit den Opfern, Hinterbliebenen und ihren Vertretern alle wichtigen Erkenntnisse der Strafverfolgungsbehörden teilen werden.

Im Zusammenhang mit der Tat wurden einige Fragen aufgeworfen, die von den zuständigen Stellen in den letzten Monaten gewissenhaft überprüft und beantwortet wurden. Vor allem der Vorwurf, dass auf Anordnung der Polizei eine Notausgangstüre in der „Arena-Bar“ verschlossen war, wurde immer wieder geäußert. Dieser Vorwurf ist falsch. Im Gegenteil, schon 2017 meldete die Polizei die verschlossene Tür an das zuständige Gewerbeamt der Stadt Hanau. Auch der Vorwurf, dass die Polizeikräfte nicht schnell genug agiert hätten, ist in dieser pauschalen Form nicht korrekt. Die Einsatzkräfte waren am Tatort Heumarkt nach Aussage des Innenministeriums nach 1-2 Minuten nach Eingang des Notrufes. Am zweiten Tatort in Kesselstadt waren die Einsatzkräfte nach 3-4 Minuten vor Ort.

Eines muss uns allen klar sein: Kein Geld der Welt wird den Verlust eines Menschen ersetzen können, kein Geld der Welt lindert den schmerzlichen Verlust einer Tochter, eines Sohnes, einer Schwester oder Bruders. Es sind bislang einige Hilfsmaßnahmen erfolgt, die ich folgend aufliste. Dazu gehören schnelle Sofortmaßnahmen, begleitende Mittel und Maßnahmen der Prävention.

Knapp 1,2 Millionen Euro an Härtefalleistungen sind bereits ausgezahlt

Mit Stand Januar 2021 hat der Bundesopferbeauftragte über das Bundesamt für Justiz bislang insgesamt 1,199 Millionen Euro an Härtefalleistungen an die Hinterbliebenen, Schwerstverletzten und unmittelbar Betroffenen des Terroranschlags ausgezahlt.

2 Millionen für neuen Fonds des Landes Hessen für Opfer von Straftaten

Ein Fonds für Opfer von Straftaten wird ins Leben gerufen werden, der auch den Angehörigen der Opfer von Hanau zugutekommen wird. Dafür stehen zwei Millionen Euro bereit. Aus dem Fonds sollen Opfern von Straftaten Hilfen zur Bewältigung des erlittenen Unrechts und seiner Folgen gewährt werden. Der Fonds soll dort greifen, wo bereits vorhandene Leistungen, beispielsweise aus dem Opferentschädigungsgesetz, noch Lücken lassen und soll somit unbürokratische schnelle Hilfe leisten. CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Freien Demokraten und die SPD haben gemeinsam diesen Fond auf den Weg gebracht.

Überlebende Opfer und Angehörige haben weiterhin feste Ansprechpartner

Als zentraler Baustein des Opferschutzes wurden allen überlebenden Opfern und allen Angehörigen von Opfern persönliche polizeiliche AnsprechpartnerInnen, sogenannte „Kontaktbeamte“, zugewiesen. Das Team der KontaktbeamtInnen besteht sowohl aus erfahrenen, besonders geschulten polizeilichen OpferschützerInnen, wie auch aus Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei. Die KontaktbeamtInnen haben die überlebenden Opfer und Angehörigen von Opfern aktiv angesprochen und persönliche Beratungen durchgeführt. Sie stehen weiterhin jederzeit für Anfragen zur Verfügung.

Enge Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau

Das Land arbeitet in der Opferbetreuung direkt mit der Stadt Hanau zusammen und steht in regelmäßigem Austausch mit den zuständigen Personen, welche einen engen Kontakt mit den Familien der Opfer pflegen. Auch der Opferbeauftragte der Hessischen Landesregierung, Prof. Dr. Helmut Fünfsinn, sowie der Opferbeauftragte des Bundes, Dr. Edgar Franke, sind jederzeit für die Belange der Hinterbliebenen ansprechbar. Der Opferbeauftragte des Landes steht außerdem bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Opferentschädigungsgesetz sowie gegenüber der Unfallkasse den Opferfamilien unterstützend zur Seite.

Die hessische Polizei unterhält ein bewährtes Netzwerk zu Migrantenselbstorganisationen in Hessen und bringt diese Kenntnisse in den andauernden Dialog der Stadt Hanau mit der Stadtgesellschaft und VertreterInnen der Migrantenselbstorganisationen sowie Moscheeverbände ein.

Darüber hinaus unterstützen die zivilgesellschaftlichen Träger des Beratungsnetzwerks Hessen als leistungsstarke Partner engagiert und professionell die Präventionsarbeit vor Ort.

Unterstützung bei der Wohnungssuche

Dem nachvollziehbaren Wunsch, die alte Wohnung aufgrund der Erinnerungen sowie, in einigen Fällen, der Nähe zum Tatort und zum Haus des Täters zu verlassen, ist vor allem die Stadt Hanau mit individueller Unterstützung nachgekommen. Teilweise wurden Familien Wohnungsangebote im zweistelligen Bereich gemacht. Das Land Hessen hat hier durch Vermittlung von Kontakten zur Nassauischen Heimstätte mitgewirkt. Insgesamt konnte mit Ausnahme von einer Familie allen Angehörigen, die einen Umzugswunsch hatten, eine neue Wohnung vermittelt werden.

Zwei SozialarbeiterInnen-Stellen für Hanau

Nach den Gewalttaten am 19.02.2020 war die Verunsicherung bei vielen Menschen in Hanau, insbesondere in Kesselstadt und vor allem unter den Jugendlichen, sehr groß. Neben der

wichtigen Arbeit mit den Betroffenen und Angehörigen der Opfer ist es dringend notwendig, insbesondere jungen Menschen in der Stadt einen Ort zu bieten, an dem sie ihre Ängste und Sorgen ansprechen können und ihr Selbstwertgefühl und ihr Selbstvertrauen gestärkt und unterstützt wird. Jugendarbeit ist traditionell ein Bereich, in dem ein solcher Frei- und Rückzugsraum geboten wird. Das Jugendzentrum Kesselstadt sowie das Weststadtbüro am Kurt-Schumacher-Platz in Hanau leisten hier hervorragende und dringend erforderliche Arbeit. Die Tatsache, dass es AnsprechpartnerInnen für diese Sorgen und Ängste in Form der SozialarbeiterInnen der Jugendzentren sowie Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Anlaufstellen für junge Menschen gibt, hat positiv zur Bewältigung der Situation in den Stadtteilen beigetragen. Um dieses Angebot auszubauen und mittel- und langfristig zu etablieren, soll in jedem der beiden Jugendzentren durch das Land je eine zusätzliche Stelle für die Dauer von 5 Jahren finanziert werden.

Mittel für Präventionsnetzwerk auf 10 Millionen Euro pro Jahr erhöht

Neben gut aufgestellten Sicherheitsbehörden setzt Hessen im Kampf gegen Extremismus auf ein breites zivilgesellschaftliches Präventionsnetzwerk. Das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) im Hessischen Innenministerium unterstützt im Rahmen des Landesprogramms „Hessen - aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ mit einem Gesamtvolumen von fast zehn Millionen Euro jährlich (davon 1,3 Millionen Euro aus Mitteln des Bundes) unterschiedlichste Präventionsmaßnahmen im Land. Im Vergleich zum Jahr vor dem Anschlag in Hanau stellt dies eine Erhöhung des Fördervolumens um mehr als drei Millionen Euro und damit eine massive Erweiterung der hessischen Präventionsmaßnahmen dar. Im Nachgang zum Anschlag wurde die Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT) aus dem Landesprogramm zur Koordinierung der lokalen Präventionsarbeit bei der Stadt Hanau eingerichtet. Für die Opfer und Hinterbliebenen von Hanau wurde umgehend das Sonderförderprogramm Hanau mit einem Fördervolumen von 600.000 Euro (für die Jahre 2020 bis 2022) gemeinsam mit der Stadt Hanau aufgelegt. In diesem Rahmen können u.a. Vereine oder andere Institutionen, die sich für die Bedarfe in der Opferbetreuung und in der Etablierung eines angemessenen Gedenkens engagieren, gefördert werden. Die Maßnahmen sollen zudem zu einem offenen, friedlichen und harmonischen Zusammenleben in Hanau sowie zur Stabilisierung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen.

Meldeplattform hessengegenhetze.de

Mit dem Ziel, Hasskommentare und extremistische Internetinhalte möglichst schnell zu erfassen, den Betroffenen eine unmittelbare und unkomplizierte Unterstützung zu gewährleisten sowie eine effiziente Strafverfolgung durch eine verbesserte Sicherung beweisrelevanter Daten in Gang zu setzen, hat Hessen ein vielschichtiges Meldesystem entwickelt. Mit der Meldestelle „hessengegenhetze.de“ beim Hessen Cyber Competence Center (Hessen3C) wurde ein Weg geschaffen, dass bereits sehr niedrigschwellig Hinweise über zum Beispiel rassistische Äußerungen im Internet den Sicherheitsbehörden - Polizei, Verfassungsschutz und Justiz - gemeldet werden können.

Als Teil des Programms „Hessen gegen Hetze“ hat die hessische Justiz außerdem unter dem Hashtag #KeineMachtDemHass eine Kooperationsvereinbarung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren geschlossen, die sich gegen Hassrede im Internet engagieren.

Kürzlich wurde mit der App MeldeHelden eine weitere niederschwellige Möglichkeit geschaffen, Hasskommentare schnell und einfach zu melden.

Start des hessenWARN-Pilotprojekts in Hanau

Auf Grundlage der bundesweit einmaligen App hessenWARN mit mehr als 700.000 NutzerInnen entwickelt das Hessische Innenministerium zurzeit ein kommunales Frühwarnsystem.

Unmittelbar nach dem Anschlag vom 19. Februar 2020 hatte Innenminister Peter Beuth der Stadt Hanau angeboten, sich als eine von fünf Modellkommunen an diesem Projekt zu beteiligen. BürgerInnen sollen über die Plattform Meldungen absetzen können, um potenziell sicherheitsrelevante Inhalte zu berichten. So können die Kommune und die Polizei noch unmittelbarer auf Störungen des Sicherheitsgefühls oder mögliche Vorfälle reagieren.

Unabhängig von Zuständigkeiten wird mit dem System eine nutzerfreundliche, zentrale und digitale Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen, um mit Hilfe der Bevölkerung frühzeitig Extremismus zu bekämpfen und mögliche Straftaten zu verhindern.

Die Tat nach Hanau hat Hessen verändert. Wir sind alle aufgefordert im täglichen Sprechen und Handeln gegen jede Form des Rassismus und Extremismus einzutreten.

Markus Hofmann